

## R-14-V-14 Grenzenlos Queer: Solidarität mit LGBTQI\* in Polen

Antragsteller\*in: Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Anträge

1 Nur wenige hundert Kilometer von Berlin entfernt, mitten in der Europäischen Union, werden  
2 die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen sowie  
3 anderen Queers (LGBTIQ\*) mit Füßen getreten. Ihre Situation hat sich unter der aktuellen  
4 Regierung massiv verschlechtert: Neben Angriffen auf CSDs und andere Pride-Veranstaltungen  
5 gibt es vor allem eine große politische und rechtliche Diskriminierung und Ausgrenzung von  
6 LGBTIQ\* im öffentlichen Leben.

7 Konservative Gruppierungen versuchen mit aller Kraft, die Errungenschaften der polnischen  
8 LGBTQI\*-Community zurückzudrängen. Nachdem der Bürgermeister von Warschau 2019 eine queer-  
9 freundliche Resolution unterzeichnet hat, um einer Richtlinie der  
10 Weltgesundheitsorganisation zu folgen, gab es eine massive Gegenbewegung von  
11 queerfeindlichen Politiker\*innen in vielen Teilen des Landes. Diese Bewegung gipfelte darin,  
12 dass sich zahlreiche Städte, Kreise und Woiwodschaften als sogenannte "LGBT+-freie Zone"  
13 bezeichnen und einer vermeintlichen "LGBT+-Ideologie" entgegenwirken wollen.

14 Die betroffenen Gebiete behaupteten eine Frühsexualisierung von Kindern und Jugendlichen  
15 durch die Verbreitung dieser "Ideologie". Mit dieser Begründung werden Ansprechpersonen für  
16 junge queere Menschen aus Schulen verbannt und allgemeine Aufklärung und Hilfsangebote als  
17 "Botschafter\*innen der LGBT Ideologie" bekämpft. Teilweise wird auch die Nichteinstellung  
18 queerer Lehrer\*innen an Schulen gefordert.

19 Diese klar diskriminierenden Resolutionen werden von der nationalen Regierung Polens  
20 unterstützt. Nicht zuletzt auch der Präsidentschaftswahlkampf war von erschütternden  
21 Hetzkampagnen der regierenden PiS-Partei gegen LGBTIQ\* geprägt.

22 Zwar wurden einige "LGBT+-freie Zonen" bereits von Verwaltungsgerichten für rechtswidrig  
23 erklärt, jedoch ändert das in den konkreten Fällen zu wenig an der allgemeinen Situation von  
24 LGBTQI\* in Polen. Um diese nachhaltig zu verbessern, braucht es solidarisches Engagement,  
25 Unterstützung für die Queer-Community vor Ort und Druck auf politische  
26 Entscheidungsträger\*innen.

### 27 Für eine queere Berliner Außenpolitik

28 Während die polnischen Partnerstädte Berlins kein Teil der "LGBT+-freien Zonen" sind, so  
29 gibt es doch in den Partnerstädten der Bezirke einen Fall. Eine polnische Partnergemeinde  
30 Steglitz-Zehlendorfs, Poniatowa, hat sich im letzten Jahr zu einer solchen Zone erklärt.

31 Als GRÜNE BERLIN begrüßen wir es, dass das Bezirksamt sich parteiübergreifend einstimmig  
32 gegen diesen Beschluss gestellt und Gegenmaßnahmen gefordert hat. Wir unterstützen die  
33 gemeinsame Erklärung des Lesben- und Schwulenverbands Berlin-Brandenburg (LSVD) zusammen mit  
34 der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin (DPG), die wir als einen wichtigen Schritt sehen,  
35 um auch in Polen Aufmerksamkeit dafür zu schaffen, dass es eine breite, parteiübergreifende  
36 Mehrheit in den deutschen Partnerstädten sich gegen diese Resolution stellt.[1] Wir begrüßen  
37 ebenfalls die Resolutionen des Europaparlaments, welches sich gegen die queerfeindlichen  
38 Erklärungen gestellt hat und unterstützen auch die Entscheidung der Europäischen Kommission,  
39 den entsprechenden polnischen Gemeinden keine Fondsmittel mehr zu genehmigen.[2]

40 Doch leider reichen solche Erklärungen allein nicht aus. Gerade die Tatsache, dass die  
41 polnische Regierung den betroffenen Gemeinden zugesichert hat, die verwehrt europäischen

42 Fondsmittel zu ersetzen, zeigt, dass wir es bei einfachen Erklärungen nicht belassen können.  
43 Queere Menschen in Polen brauchen unsere Unterstützung – sowohl politisch, als auch  
44 praktisch.

45 Solidarität nicht nur sagen, sondern auch leben!

46 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BERLIN verurteilen wir die queerfeindlichen Erklärungen und  
47 Maßnahmen aufs schärfste. Wir solidarisieren uns mit queeren Pol\*innen und setzen uns dafür  
48 ein, die Community im Land zu unterstützen.

- 49 • Im Fall der Städtepartnerschaft mit Poniatowa sehen wir die Notwendigkeit, ein klares  
50 Zeichen an queerfeindliche polnische Gemeinden zu senden, dass queeren Menschen vor  
51 Ort auch tatsächlich hilft. Die bisherige Resolution des Bezirksamts war ein guter  
52 Schritt dorthin. Da diese jedoch auf keine Reaktion gestoßen ist, brauchen wir weitere  
53 Maßnahmen. Die überparteiliche Resolution der BVV ist hierfür wichtig - mit ihr muss  
54 die Resolution Poniatowas scharf verurteilt und eine schnellstmögliche Rücknahme  
55 gefordert werden. Nachdem die Partnerschaft lange Zeit still war, ist hiermit jedoch  
56 nicht gesichert, dass dies in Poniatowa wahrgenommen wird. Gerade deshalb muss der  
57 Bezirk weitere Maßnahmen ergreifen, um mit der polnischen Partnerstadt in direkten  
58 Kontakt zu kommen, Gehör zu finden und queere Rechte anzusprechen. Für den Fall, dass  
59 diese Maßnahmen nicht erfolgreich sind, muss sich der Bezirk eine klare Frist setzen,  
60 nach der die Partnerschaft auf politischer Ebene ausgesetzt wird. Je nach der weiteren  
61 Entwicklung vor Ort sind dann weitere Schritte im Austausch mit polnischen Queer-  
62 Organisationen vorzunehmen.
- 63 • Unabhängig davon wollen wir in der Partnerschaft zwischen Steglitz-Zehlendorf und  
64 Poniatowa, sowie bei den anderen polnischen Partnerstädten den  
65 zivilgesellschaftlichen, kulturellen, schulischen und wissenschaftlichen Austausch mit  
66 der polnischen Queer-Community verstärken. Denn in keinem Fall darf eine Aussetzung  
67 oder Aufkündigung der Partnerschaft dazu führen, die queeren Pol\*innen vor Ort allein  
68 zu lassen. Um sowohl Austauschprogramme als auch den Kontakt mit queeren  
69 Aktivist\*innen und zivilgesellschaftliche Projekte zu queeren Themen zu ermöglichen  
70 setzen wir uns als GRÜNE in den Bezirken und auf Landesebene dafür ein, dass  
71 bezirkliche Strukturen hierfür geschaffen und Landesmittel für derartige  
72 Austauschprojekte zur Verfügung gestellt werden – beispielsweise für Schulen, Museen,  
73 Theater oder zivilgesellschaftliche Initiativen. Bis die aktuelle Pandemie-Lage  
74 persönliche Begegnungen wieder zulässt, kann der Austausch bereits digital beginnen.
- 75 • Wir fordern, dass queere Themen insgesamt zu einem zentralen Bestandteil der  
76 Partnerschaft mit polnischen Städten werden. Die Bezirksamter und der Berliner Senat  
77 müssen diese Themen ansprechen und auch bei Besuchen vor Ort die Solidarität mit  
78 lokalen Aktivist\*innen deutlich machen. Insbesondere mit polnischen Städten und  
79 Gemeinden, die sich besonders für den Schutz und die Menschenrechte queerer Personen  
80 einsetzen, sollen Senat und Bezirksamter stärker in Dialog treten. Sie können sich  
81 dabei gegenseitig unterstützen und von den gegenseitigen Erfahrungen lernen. Denn auch  
82 in Berlin sind queer-feindliche Übergriffe leider noch an der Tagesordnung.
- 83 • Die Grundrechte queerer Menschen sind eines von vielen Themen, über die derzeit in  
84 Polen heftig gestritten wird. Die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen  
85 zum Recht auf Abtreibung und körperliche Selbstbestimmung zeigen, dass es auch in  
86 konservativen Kreisen keine geschlossene Weltanschauung gibt. Konservative  
87 Hardliner\*innen mögen zwar die Regierung dominieren, jedoch nicht die Bevölkerung.  
88 Gerade deshalb brauchen wir mehr Zusammenarbeit statt weniger Zusammenarbeit. Wo

89 Partnerschaften auf Basis unserer gemeinsamen europäischen Werte bestehen, müssen wir  
90 diese intensivieren, Austausch fördern und weiter ins Gespräch kommen. Wir fordern  
91 deshalb den Ausbau von schulischen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen  
92 Kooperationen mit Institutionen polnischer Partnerstädte. Dabei muss auch immer die  
93 Geschichte von LGBTQI\* in beiden Ländern mit im Fokus liegen. Auch bei Klassenfahrten  
94 oder Schulaustauschprogrammen sollen queere Themen angesprochen und behandelt werden.  
95 Gerade im Dialog mit jungen Menschen können Vorurteile abgebaut und ein allgemeines  
96 Verständnis und eine allgemeine Akzeptanz von LGBTQI\* geschaffen werden.

97 Wir müssen ein klares Zeichen an unsere Partnerstädte senden, aber gleichzeitig auch bei uns  
98 konsequent bleiben. Nur so können wir eine bunte, vielfältige Gesellschaft schaffen, bei der  
99 alle Menschen ungeachtet von Geschlecht, Identität, sexueller Orientierung und Herkunft  
100 teilhaben und mitgestalten können.

101 [1] [https://berlin.lsvd.de/neuigkeiten/gemeinsame-stellungnahme-der-deutsch-](https://berlin.lsvd.de/neuigkeiten/gemeinsame-stellungnahme-der-deutsch-polnischen-gesellschaft-berlin-und-des-lesben-und-schwulenverbandes-berlin-brandenburg/) polnischen-  
102 [gesellschaft-berlin-und-des-lesben-und-schwulenverbandes-berlin-brandenburg/](https://berlin.lsvd.de/neuigkeiten/gemeinsame-stellungnahme-der-deutsch-polnischen-gesellschaft-berlin-und-des-lesben-und-schwulenverbandes-berlin-brandenburg/)

103 [2] [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2020-004433\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2020-004433_EN.html)

## Begründung

Erfolgt mündlich.